

Beschluss des Landrats vom 16.11.2023

Nr. 225

18. Separative Beschulung den heutigen Bedürfnissen anpassen 2023/239; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, die Motion als Postulat entgegzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Motionärin **Miriam Locher** (SP) ist sehr froh, dass der Regierungsrat das Projekt «StaFF (Standards zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs)» in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) auf den Weg gebracht habe. Dies ist ein erster wichtiger Schritt, um das Problem anzugehen. Die aktuelle Situation ist sowohl für die Kinder als auch für die Familien und die Kollegien an den Schulen sehr herausfordernd. Es gibt immer mehr Kinder mit einem besonderen Bedarf und dieser muss aktuell von den Regelschulen sehr lange getragen werden. Es ist stossend, dass alle Massnahmen an den Regelschulen ausgeschöpft werden müssen, bevor ein anderer Weg aufgegleist werden kann. Es zieht unglaublich viel Zeit ins Land, die Situationen verfestigen sich und können so auch langfristige Folgen für die betroffenen Kinder und Familien haben. Aus diesem Grund hat Miriam Locher den Vorstoss eingereicht: Die lange Zeit bis zu einer separativen Beschulung ist in vielen Fällen nicht im Interesse aller Beteiligten. Und Achtung: Die SP stellt sich nicht gegen eine Integration, aber gegen eine Integration um jeden Preis. Es braucht einen Notausgang aus den integrativen Angeboten und es braucht diesen bald, weil die Anzahl der Kinder, die einen solchen nötig haben, eher zu- als abnimmt. Miriam Locher möchte deshalb vorerst an der Motion festhalten.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, die FDP-Fraktion sei bereit, den Vorstoss als Postulat zu unterstützen. Eine Motion würde sie ablehnen. Der Regierungsrat signalisiert in seiner Stellungnahme klar, dem Thema Raum geben zu wollen. So möchte er mit dem Projekt StaFF die Handlungsfähigkeit von Lehrpersonen und Schulen erhöhen. Es ist sicherlich im Interesse aller, dass es schneller gehen kann.

Anita Biedert (SVP) sagt, auch die SVP-Fraktion begrüsse die Überweisung als Postulat. Der Regierungsrat arbeitet mit StaFF bereits am Thema. Anita Biedert hatte selber eine Motion zu verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern eingereicht, die dann als Postulat überwiesen wurde. Der Vorstoss verlangt Förderklassen. Der heutige Zustand ist nicht mehr haltbar. Entsprechend ist sie sehr froh, dass sich der Regierungsrat schon dem Thema annimmt und auch das Anliegen von Miriam Locher in diesem Rahmen beleuchtet werden kann.

Zum Schulalltag: Der pädagogischen Hektik sollte Einhalt geboten werden. Die Integration von ganz unterschiedlichen Kindern in die gleiche Lerngemeinschaft – in der Schule muss und darf gelernt werden – verstärkt die Unruhe im Klassenzimmer und erschwert den Unterricht. Der pädagogische Alltag ist belastet und die Kapazitäten der Lehrpersonen werden überstiegen. Ein zu grosser Anteil an Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf in einer Klasse hat Auswirkungen auf die schulischen Leistungen der ganzen Klasse. Für fast 83 % der Primarschullehrerinnen und Primarschullehrer respektive 73 % der Lehrpersonen auf der Sekundarstufe sind verhaltensauffällige Kinder eine Belastung, weil sie die ganze Aufmerksamkeit auf sich bündeln. Anita Biedert weiss von Klassen – sie hat solche selber unterrichtet –, in denen von 22 Kindern 18 eine Sonderbetreuung brauchten und einen speziellen Förderbedarf hatten. Ihr ist wichtig, dass es in integrativen Klassen eine heterogene Gruppe von anderen, normal beschulbaren Kindern gibt. Der eingegengte Blick auf die Benachteiligten müsste dringend geöffnet werden. Die Wirkung der

Integration muss seriös abgeklärt werden. Das System hat seine kritische Grenze schon fast überschritten und ein umgehendes Handeln – der Regierungsrat ist dran – ist temporeich nötig. Dem gesellschaftlichen Problem muss mit neuen Angeboten begegnet werden. Separation ist kein Rückschritt, sondern eine Reaktion aufs gesellschaftliche Umfeld.

Anita Biedert bittet Miriam Locher, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) führt aus, es handle sich um ein sehr wichtiges Thema, das weiterverfolgt werden müsse. Es darf keine Integration um jeden Preis geben. Das Problem ist, dass häufig die Eltern nicht in eine Separation einwilligen und dass sie unbedingt zuerst alle Stufen durchgehen wollen, bis es dann am Ende zu einer separativen Massnahme kommt. Ein anderes Problem ist auch, dass die Abklärungen oft sehr lange dauern, weil die verschiedenen Stellen überlaufen sind und nicht über genügend Ressourcen verfügen. Hier sollte dringend etwas gemacht werden, damit die Abklärungen schneller vorangehen und die Wartezeiten verkürzt werden. Béatrix von Sury d'Aspremont ist dankbar, dass der Regierungsrat das Thema bereits bearbeitet, und ist gespannt auf die Ergebnisse des Teilprojekts. Die Mitte-Fraktion unterstützt ein Postulat, aber keine Motion.

Sabine Bucher (GLP) sagt, die GLP-Fraktion unterstütze sowohl Motion als auch Postulat.

Auch der Grüne/EVP-Fraktion sei das Anliegen des Vorstosses wichtig, so **Andrea Heger** (EVP), und es solle genau angeschaut werden. Einer Interpellation konnte kürzlich entnommen werden, dass die separative Beschulung wieder steigend ist. Die Argumentation in der Stellungnahme des Regierungsrats ist stimmig, dass sie den Vorstoss nur als Postulat entgegennehmen möchte, da die Prüfung im Zusammenhang mit dem anderen Paket erfolgen soll. Die Grüne/EVP-Fraktion ist deshalb auch für ein Postulat.

Marc Schinzel (FDP) kennt als Schulratspräsident in Binningen das Thema auch. Der Vorstoss ist wichtig – Marc Schinzel konnte schon lange nicht mehr so gut einen Vorstoss seitens SP unterstützen –, weshalb nicht riskiert werden sollte, dass er versenkt wird. Aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrats ist davon auszugehen, dass Bewegung in der Sache ist und es mehr ist als nur irgendein Lippenbekenntnis oder nur irgendein Bericht. Marc Schinzel wäre es wichtig, zu sehen, mit welchen Massnahmen der Regierungsrat zum Landrat zurückkommen will. Dann kann der Landrat entscheiden, ob diese ausreichend sind oder nicht. Ein Postulat wäre in Anbetracht des bereits Gehörten ein superstarkes Zeichen. Der Landrat würde sich wohl praktisch einstimmig für eine Behandlung des Anliegens aussprechen. Marc Schinzel bittet um ein Postulat, weil er bei diesem Anliegen wirklich nicht Nein stimmen möchte.

Miriam Locher (SP) stellt fest, dass eine Motion ein stärkeres Zeichen wäre. Ihr ist es aber daran gelegen, dass solch wichtige Anliegen vorwärtskommen. Deshalb wird sie selbstverständlich die Motion in ein Postulat umwandeln. Ein Dank an die GLP für die Unterstützung der Motion. Die Bedingungen in den Schulen des Kantons bezüglich Infrastruktur, Klassengrösse und Personaldichte sprechen einfach nicht für eine Integration um jeden Preis. Es bräuchte viel kleinere Klassen, viel mehr Räume und viel mehr Personal für eine gelingende Integration. Dies alles gibt es aber nicht. Deshalb braucht es den Notausgang. Und Ja: Die Eltern müssen ins Boot geholt werden. Das ist wichtig und zentral. Miriam Locher erlebt selber aber auch Eltern, die für eine separative Beschulung bereit wären, die dann aber trotzdem den ganzen Prozess durchgehen müssen. Hier braucht es einen Ausweg. Sie freut sich, dass der Regierungsrat das Thema angeht und dass der Vorstoss als Postulat überwiesen wird.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) braucht das starke Zeichen eigentlich gar nicht. Das Projekt StaFF läuft und die Analyse wird Ende des Jahres abgeschlossen sein. Es gibt sogar schon ein neues Tool und Pilotschulen werden dieses ausprobieren. Es geht darum, den Förderbedarf schneller festzustellen und so die Handlungsfähigkeit der Lehrpersonen und Schulen zu stärken. Seit 2018 steigt die Separationsquote im Kanton Basel-Landschaft, während sie in der Schweiz stabil ist oder sinkt. Die schweizweite Separationsquote beträgt 3 %, in Basel-Landschaft liegt sie bei 5,8 %. Basel-Landschaft ist der Kanton der Schweiz mit der höchsten Separationsquote. Es ist nicht so, dass die Kinder um jeden Preis integriert werden sollen. Die Zahlen, die im nächsten Bildungsbericht ausgewiesen werden, zeigen, dass der Kanton sich auf einem anderen Weg befindet.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) stellt fest, die Motion sei in ein Postulat umgewandelt worden.

://: Mit 72:0 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
